

Von der nachholenden zur vorbereitenden Integration – Die Integrationspolitik der Bundesregierung

Maria Böhmer

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Der aktuelle Zensus ergibt, dass von den 80,2 Millionen Einwohnern knapp 6,2 Millionen ausländische Staatsangehörige sind. Fünfzehn Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben in Deutschland. Bislang wurde vor allem bei der Anzahl der Ausländer von einer deutlich höheren Zahl ausgegangen; dabei leben etwa 1,1 Millionen Ausländer weniger als bisher angenommen in Deutschland.

Die jüngste Wanderungsstatistik zeigt, dass Deutschland für Zuwanderer an Attraktivität gewonnen hat. Über eine Million Menschen sind 2012 nach Deutschland gekommen. Die meisten Zuwanderer kamen aus der Europäischen Union. Das ist die höchste Zuwanderungsrate seit 1995.

Bestätigt wird diese Entwicklung vom Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration. In seinem Jahresgutachten 2013 stellt der Sachverständigenrat fest, dass sich Deutschland zum Magneten für qualifizierte und hoch qualifizierte Unionsbürger und Drittstaatsangehörige entwickelt und wir im europäischen Vergleich über eine der liberalsten Zuwanderungsregelungen verfügen.

Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels ist es dringend geboten, vorhandene Potenziale zu nutzen und Fachkräfte an Deutschland zu binden. Ausgezeichnete wirtschaftliche Kenndaten allein reichen nicht aus, um attraktiv zu sein. *Wir benötigen einen gesellschaftlichen Klimawandel hin zu einer überzeugenden Anerkennungs- und Willkommenskultur.* Denn das fördert den Zusammenhalt und die Teilhabe der Menschen.

Die Bundesregierung arbeitet daran, die Willkommens- und Anerkennungskultur stetig zu verbessern und auszubauen. Dafür steht bei-

spielsweise der Nationale Aktionsplan Integration, der am 31. Januar 2012 beim 5. Integrationsgipfel mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beschlossen wurde. Der Nationale Aktionsplan Integration funktioniert wie ein Fahrplan und enthält konkrete integrationspolitische Ziele und Maßnahmen. Mit dem Nationalen Aktionsplan Integration wird Integrationspolitik überprüfbar und noch verbindlicher.

Für eine verbesserte Willkommenskultur steht auch das Anerkennungsgesetz, das am 1. April 2012 in Kraft getreten ist. Die bisherige Bilanz ist positiv, doch könnten noch mehr Anträge zur Anerkennung gestellt werden. Woran liegt das? Zum einen verfügen die Bundesländer beim Lehrerberuf, den Sozialberufen und den Ingenieurberufen über die Gesetzgebungszuständigkeit. Allerdings hat erst ein Teil der Bundesländer eigene Anerkennungsgesetze verabschiedet. Zum anderen ist es notwendig, die Beratungsangebote vor Ort auszubauen und besser zu vernetzen, damit der Prozess von der Beratung zur Anerkennung beschleunigt wird.

Mehr Verbindlichkeit und eine verbesserte Willkommens- und Anerkennungskultur werden auch durch innovative Projekte erreicht. Beispielsweise durch das Modellprojekt Integrationsvereinbarungen. An achtzehn Standorten bundesweit wurden die Integrationsvereinbarungen erprobt. In den Integrationsvereinbarungen wird festgehalten, mit welchen Voraussetzungen Zuwanderer nach Deutschland kommen und welche Unterstützung sie benötigen, um beispielsweise die deutsche Sprache zu erlernen oder eine Ausbildungsstelle zu erhalten. Durch die Integrationsvereinbarungen werden Integrationsprozesse für alle Beteiligten effizienter, transparenter und verbindlicher. Die zentrale Erkenntnis ist: Eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure vor Ort ist entscheidend, damit Ratsuchende rasch und zielgenau an Angebote gelangen.

Doch eine Willkommens- und Anerkennungsgesellschaft muss sich auch aktuellen Herausforderungen und Fragen stellen: Wie gehen wir um mit allen Menschen, die in Deutschland leben und nach Deutschland kommen? Wo sehen wir Handlungsbedarf? Ein Blick auf die Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zeigt, dass Migration und Integration Prozesse sind, die sich ständig verändern. Es gibt nicht *die* Migranten als eine homogene Gruppe. Sie unterscheiden sich nicht nur durch das Herkunfts-

land und ihren Rechtsstatus, sondern auch durch Alter, Familienstand, Bildungsgrad und soziale Verhältnisse.

Die Integrationspolitik steht künftig verstärkt vor der Aufgabe, für diese unterschiedlichen Zielgruppen passgenaue und spezifische Integrationsangebote zu schaffen. Aber für alle gilt: Zuwanderung und Integration müssen stets zusammengedacht und die Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden.

Um Fachkräfte dauerhaft an Deutschland zu binden, sind viele Akteure gefordert. Vor allem die Ausländerbehörden müssen sich wandeln und öffnen. Ein gelungenes Beispiel ist das Welcome Center in Hamburg.

Die Fachkräftezuwanderung aus der EU ist die eine Seite der Medaille, die Armutswanderung die andere. Einige Kommunen melden verstärkte Zuzüge von Armutswanderern aus der EU. Die Bundesregierung hat eine Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet. Sie arbeitet an einem Maßnahmenpaket, denn Armutswanderer brauchen unmittelbar nach ihrer Einreise mehr Beratungsstellen und mehr niedrigschwellige Sprachkurse. Kinder und Jugendliche dürfen den Anschluss in der Schule nicht verpassen; ohne mehr Deutschunterricht und individuelle Förderung wird das nicht gelingen. Darüber hinaus benötigen Armutswanderer unbedingt einen Krankenversicherungsschutz.

Doch auch bei Fachkräften und nachziehenden Ehegatten muss die Integration bereits im Herkunftsland beginnen. Den eingeleiteten *Paradigmenwechsel von der nachholenden zur vorbereitenden Integration* wird die Bundesregierung konsequent weiterverfolgen. Vorintegration bedeutet, dass Zuwanderer bereits im Herkunftsland beginnen können, sich auf das Leben in Deutschland vorzubereiten.

In den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren sind viele Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. Mittlerweile leben ihre Enkel und Urenkel in der dritten und vierten Generation in Deutschland. Was damals integrationspolitisch versäumt worden ist, daran arbeiten wir noch heute. *Doch neben der Reparaturwerkstatt haben wir bereits eine Zukunftswerkstatt eröffnet.*

Der Zweite Integrationsindikatorenbericht, der die Integrationsverläufe von 2005 bis 2010 abbildet, zeigt, dass in den vergangenen

Jahren maßgebliche Fortschritte in der Integration erzielt wurden. Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund besuchen Kindertagesstätten. Die Zahl der Schulabbrecher mit Migrationshintergrund sinkt. Die Zahl der jungen Migrantinnen und Migranten mit höheren Bildungsabschlüssen steigt; immer mehr Jugendliche aus Zuwanderungsfamilien erhalten einen Ausbildungsplatz. Aber: Noch immer besteht ein deutlicher Abstand zwischen Deutschen und Migranten.

Nachdem die Bundesregierung in den vergangenen acht Jahren den Fokus auf die nachholende Integration gerichtet hat, geht sie nun dazu über, verstärkt vorbereitende Integrationsstrategien zu entwickeln. Drei Ansatzpunkte stehen hierbei im Vordergrund: Erstens der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse, zweitens die Wahrnehmung von Vorintegrationsangeboten und drittens die Information über die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen bzw. die Einleitung erster Schritte zum Anerkennungsverfahren.

Unmittelbar nach der Zuwanderung nach Deutschland ist es entscheidend, so rasch wie möglich Fuß zu fassen. Hier greifen die bereits beschriebene Integrationsvereinbarung und die bessere Vernetzung der Akteure der Integrationsarbeit wie Ausländerbehörden, Jobcenter und Migrationsberatungsdienste vor Ort. Sie sind Anknüpfungspunkte für ein gezieltes Übergangsmanagement vom Spracherweis im Herkunftsland zur schnelleren Einmündung in den Integrationskurs.

Die Integration von Zuwanderern ist keine vorübergehende Sonderaufgabe, die mit zeitlich befristeten Projekten gelöst werden kann. Vielmehr ist sie eine Daueraufgabe, die nachhaltig und strukturell angegangen werden muss.

Daher legt die Bundesregierung im Nationalen Aktionsplan Integration einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Strukturveränderung, beispielsweise bei der Erhöhung des Anteils von Migranten im öffentlichen Dienst.

Die zunehmende Vielfalt unserer Gesellschaft ist nicht nur eine Chance für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes, sondern auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Der Bund und unsere Partner in der Integration wollen das Thema Vielfalt weiter in die Gesellschaft hineinragen. Dabei unterstützt uns die

Konrad-Adenauer-Stiftung engagiert und nachhaltig: ob mit dem Forum Integrationspolitik oder einer Vielzahl von Veranstaltungen und Beiträgen zur Integration und Vielfalt. Dafür gilt Ihnen mein herzlicher Dank!